

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierfach jährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die Beigabe. Colonialzelle für Arbeitsgerüche 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Sellenstraße 17. Schlüssel der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Allmige Inseraten-Annonce „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Ein Erfolg gut vorbereiteter Hausagitation

Es ist leider die ständige Ausrede einer ganzen Anzahl führender Kollegen in den Ortsgruppen, daß keine erfolgreiche Hausagitation während des Krieges möglich ist. Dass ihre Ansicht vollständig falsch ist, konnten wir in Nr. 6 und 8 unseres Verbandsorgans, unter Sterkrade und Duisburg nachweisen. Den besten Beweis für die Richtigkeit unserer Ansicht und einen verblüffenden Erfolg nach dieser Richtung haben wiederum die Kollegen von Sterkrade zu verzeichnen. Seit einigen Wochen wurde ein gewerkschaftlicher Sonntag für die dortige Zahlstelle vorbereitet. Das Programm war kurz folgendes: 2 Uhr Treffpunkt aller eifriger Kollegen im Tagungslokale zur Hausagitation. 5 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung mit Frauen. Um 2½ Uhr waren bereits 30 Agitatoren versammelt. Die letzten Arbeiten wurden erledigt und nach allen Richtungen der Stadt verteilt sich die Kollegen, jeder war gespannt auf den Ausgang der Agitationstour. Gegen ¼5 Uhr trafen die ersten Kollegen mit leuchtenden Augen im Versammlungslokal ein. Der Kollege Keyer, welcher in Vertretung des Verbandsvorstandes Kollegen Wicker erschienen war, konnte bei Eröffnung der Versammlung mitteilen, daß bereits 51 Neuaufnahmen gemeldet seien. Während der Versammlung trafen die noch fehlenden Kollegen ein und das Resultat der Hausagitation war, 66 Kollegen an einem Sonntage, in einer Zahlstelle, von einem Werke, dem Verbende zugeführt. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall von der Versammlung aufgenommen und den Vertrauensleuten der Dank abgestattet. Das ist der Verlauf des gewerkschaftlichen Sonntags für Sterkrade, der 20. Februar. Er wird den Kollegen dauernd im Gedächtnis bleiben. Den übrigen Zahlstellen der Ortsverwaltung, sowie des ganzen Verbandes kann angerufen werden, gehet hin und tut das gleiche.

Arbeitsverhältnisse u. Frauenarbeit in der Metallindustrie in Rheinland-Westfalen

Seit nahezu Jahresfrist wird durch die Arbeitsgemeinschaft der Metallarbeiterverbände in Rheinland und Westfalen bei den Militärbahnhöfen die Errichtung von Eingangsstäben, Untersuchungs- oder Schlichtungskommissionen beantragt und vertreten.

Durch umfangreiche statistische Erhebungen haben die Verbände wertvolle Aufklärungen über die Gestaltung von Betriebsverhältnissen und über den Umfang und die Entlohnung der Frauenarbeit zur Kriegszeit geschaffen.

Am 22. Februar 1916 hatten die Bezirksleitungen der Verbände das Ergebnis der Umfragen mit der erneuten Forderung nach Einrichtungen von Instanzen zur Vertretung der Arbeitnehmerinteressen dem Königl. Stellvertretenden Generalkommando zu Münster übermittelt. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

„Unter Bezugnahme auf den zwischen dem Königl. Stellvert. Generalkommando und den unterzeichneten Metallarbeiterorganisationen seit dem 25. Mai 1915 stattgefundenen Schriftwechsel und die Verhandlungen beeheben wir uns, im Nachfolgenden die Ergebnisse von statistischen Erhebungen über Verhältnisse in der Metallindustrie und über den Umfang und Entlohnung der Frauenarbeit in Rheinland und Westfalen zu unterbreiten.“

Die Ergebnisse der Umfragen einerseits, alsdann aber auch die sich mehrenden Differenzfälle in den Betrieben anderseits veranlassen uns erneut die Errichtung von Untersuchungs- und Schlichtungskommissionen zu beantragen. Nach einer Mitteilung der Königl. Feldzeugmeisterei zu Berlin vom 15. Februar 1916 an die Hauptvorstände der Metallarbeiterverbände ist die Errichtung von Schiedskommissionen, wie ähnliche bereits in Berlin und Sachsen bestehen, von Seiten der Königl. Feldzeugmeisterei bei den Stellvertretenden Generalkommandos angezeigt worden.

Die Ergebnisse der Umfragen sind:

I. Betriebsverhältnisse der Metallindustrie in den Provinzen Rheinland und Westfalen zur Kriegszeit

Zur Beurteilung der Lage der Metallarbeiter und um einen Einblick zu gewinnen, in welchem Maße der Krieg auf Betriebs- und Arbeitsverhältnisse, namentlich auf den Beschäftigungsgrad in der Metallindustrie des Westens eingewirkt habe, veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft der Metallarbeiterverbände im Monat Juli 1915 eine statistische Umfrage, die im wesentlichen die Verhäl-

nisse zu vier Grundfragen der Industrie- und Arbeitsbedingungen zu klären hatte. Es sollte ermittelt werden:

1. Beschäftigungsgrad im Monat Juli 1914 und Juli 1915.
2. Die Bezahlung der Überzeitarbeit mit Zuschlägen vor und während des Krieges.
3. Die Unterstützung von Kriegerfamilien aus Mitteln der Arbeitgeber und Arbeiter.
4. Die Frage, in welchen Umfang in den Betrieben der Metallindustrie durch Arbeiterausschüsse, Kommissionen oder sonstige Einrichtungen, Arbeitnehmervertretungen vorhanden sind.

A. Umfang der Erhebung

Die Statistik umfasst in 36 Verwaltungsbezirken der Gewerkschaften 876 Betriebe, die sich auf 177 Orte der Provinzen Rheinland und Westfalen erstrecken. Es kommen fast ausschließlich in Frage Groß- und Mittelbetriebe. Auf handwerksmäßige Betriebe fand die Erhebung keine Anwendung.

Der Umfrage zufolge waren in diesen Betrieben vor Kriegsausbruch 367 307 Personen beschäftigt. Aus dieser Zahl erhellt die beachtenswerte Ausdehnung der Statistik. Nach der Berufszählung vom Jahre 1907 sind in den Provinzen Rheinland und Westfalen mit Einschluss von Lippe 586 265 Arbeiter beschäftigt. Zieht man in Betracht, daß in der Umfrage der Regierungsbezirk Trier gar nicht, der Regierungsbezirk Coblenz nur zu einem ganz geringen Teile mit einbezogen ist, so ergibt sich, daß für den übrigen Teil beider Provinzen, der als Erhebungsgebiet für die Arbeitsgemeinschaft in Frage kam, die Statistik die Metallindustrie annähernd vollständig umfaßt. Sie ist somit sehr wohl geeignet als einwandfreier Rückschlag der Gesamtverhältnisse zu gelten.

B. Ergebnisse der Erhebung

1. Die Einwirkungen des Krieges auf den Beschäftigungsgrad

Über die Einwirkungen des Krieges auf den Grad der Beschäftigung besagt die Statistik: Im Monat Juli 1915 wurden in den gleichen Betrieben, die im Juli 1914 367 307 Personen beschäftigten, 308 316 Personen ermittelt. Bei 153 Firmen wurde ein Arbeiteraufschwung in Höhe von 30 604 Personen festgestellt, wohingegen 671 Firmen einen Arbeiterrückgang von 89 595 Personen hatten. Die Metallindustrie des Westens hat somit unzweifelhaft eine große Anzahl von Arbeitern anderer Berufe in sich aufgenommen.

2. Die Bezahlung der Überzeitarbeit

Vor dem Kriege bezahlten die von der Erhebung erfassten Firmen Lohnzuschläge für Überstunden in 321 Fällen, für Nachtarbeit in 239 Fällen und für Sonntagsarbeit in 380 Fällen. Einen besonderen Zuschlag für die Nachschicht in den Betrieben, wo Wechselschicht in Frage kam, zahlten 15 Firmen.

Während des Krieges wurden Lohnzuschläge für Überstunden in 326, für Nachtarbeit in 233 und für Sonntagsarbeit in 371 Fällen gezahlt. Zuschläge bei Wechselschicht wurden in 28 Fällen vergütet. In 396 Fällen wurden überhaupt keine Zuschläge gezahlt.

Die Frage nach einer Verbesserung oder Verschlechterung der Verhältnisse in der Bezahlung der Überzeitarbeit ergibt folgendes: In 64 Fällen hat eine Verbesserung stattgefunden, wohingegen in 51 Fällen eine Verschlechterung zu vermerken war.

Die Umfrage ergibt, daß die Frage der Bezahlung der Überzeitarbeit in durchaus regelloser Weise behandelt wird. Der weitaus größte Teil der Firmen zahlte zudem weder vor, als wie während des Krieges keine Zuschläge für Überzeitarbeit.

3. Die Unterstützung der Kriegerfamilien

Die Frage, ob die Familien der in den Kriegsdienst eingetretenen Arbeiter aus Mitteln des Arbeitgebers oder auch der Arbeiter, oder auch von diesen gemeinsam unterstützt wurden, war in 455 Fällen mit ja beantwortet. In 421 Fällen wurde diese Frage verneint. In 295 Fällen wurden die Mittel vom Arbeitgeber allein, in 17 Fällen von den Arbeitern allein und in 142 Fällen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam ausgebracht.

Die Frage, ob die Arbeiter in den Fällen, in denen sie zur Unterstützung der Kriegerfamilien mit beisteuern, diese Beiträge freiwillig zahlen oder nicht, wird in 127 Fällen mit ja, hingegen in 39 Fällen mit nein beantwortet.

Abführungen ein Mitbestimmungsrecht hatten, wird dahin beziehbar, daß dieses in 117 Fällen zu beobachten, hingegen in 42 Fällen zu verneinen ist.

4. Die Arbeitnehmervertretung in den Betrieben

In den von der Statistik erfassten 876 Betrieben waren der Umfrage zufolge in 187 Fällen Arbeiterausschüsse vorhanden. Sonstige Einrichtungen, wie Krankenfassenvorstände, Arbeiterkommissionen, oder gar Werktagestellte, die in Differenzfällen die Wünsche und Schwierigkeiten der Arbeiter vortragen, waren in 124 Fällen vorhanden. Daraus ergibt sich, daß in 565 Fällen keinerlei Institutionen vorhanden sind, die als Sprachrohr der Gesamtbelegschaft oder Interessenvertretung der Arbeiter zu gelten haben. Für die Beurteilung der Funktionen und der praktischen Bedeutung der Arbeitnehmervertretung war noch von Wichtigkeit zu wissen, ob die Arbeiterausschüsse oder die Verhandlungsinstitution überhaupt von der Arbeiterschaft gewählt, ob ordnungsgemäß und normatisch in Lohnfragen zwischen Arbeitgeber und dieser Verhandlungsinstitution verhandelt wurde.

Die Arbeitnehmervertretung wurde von den Arbeitern gewählt in 176 Fällen, in den übrigen 135 Fällen mag das Zustandekommen der Verhandlungsinstitution auf gelegentliche Benennung der Verhandler durch Arbeitgeber, Vorgesetzte oder auch Arbeiter zurückzuführen sein. Bei Organisationsvertretern wurde in 175 Fällen verhandelt, im übrigen die Frage, ob ordnungsgemäß, insbesondere in Lohnfragen verhandelt werde, in 213 Fällen bejaht.

Aus den Verhältnissen in der Verhandlungsfrau und den Einrichtungen zum Zwecke der Arbeitnehmervertretung erhält die Beurteilung der Funktionen und der praktischen Bedeutung der Arbeitnehmervertretung erheblich in öffentlicher Weise, daß gegenwärtigen Zustände auf diesem Gebiete durchaus unzulänglich sind und mit dem Hinweis auf die bestehenden Arbeiterausschüsse die Forderungen der Arbeiterschaft nach zweckentsprechender Interessenvertretung durch Errichtung von Einigungskämmern oder Schiedskommissionen nicht abgetan werden kann.

II. Umfang und Entlohnung der Frauenarbeit in Rheinland und Westfalen

Die Zunahme der Frauenarbeit und ihre Begleiterscheinungen machen eine statistische Umfrage notwendig. Die angestellten Ermittlungen, die im August 1915 erfolgten, erstreckten sich auf folgende Hauptpunkte:

- a) Zahl der beschäftigten Arbeitnehmerinnen vor und während des Krieges.
- b) Lohnart: Stundenverdienst und Allzobolohn.
- c) Höhe des Verdienstes an sich und im besonderen gegenüber den männlichen Arbeitern.
- d) Arbeitszeit, Überzeitarbeit und Zuschläge hierfür.

1. Umfang der Statistik

Die Statistik erstreckt sich räumlich auf dieselben Bezirke wie die Erhebungen über die Betriebsverhältnisse und deren Gestaltung. In 112 Orten wurden 446 Firmen mit 579 Abteilungen erfaßt. Von diesem Resultat darf mit Recht gefragt werden, daß dasselbe geeignet ist, ein Spiegelbild der Frauenarbeit in Rheinland und Westfalen zu geben.

2. Das Resultat der Statistik

a) Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmerinnen während des Krieges

Die gewaltige Zunahme der Frauenarbeit, die unter den Einwirkungen des Krieges zu verzeichnen ist, wird dadurch nachgewiesen, daß in 227 Betrieben vor dem Kriege 10 150 Arbeitnehmerinnen beschäftigt waren, während die Erhebungen ergaben, daß jetzt in 679 Betrieben die Zahl der Arbeitnehmerinnen 42 270 beträgt. Daraus ergibt sich eine Zunahme von 32 120 Arbeitnehmerinnen. 352 Betriebe haben während des Krieges die Frauenarbeit neu eingeführt. Diese Arbeitnehmerinnen werden in der Metallindustrie mit fast allen vorkommenden Arbeiten, wie Formen, Drehen, Stanzen, Breßen, sowie als Rahmenführer usw. beschäftigt.

b) Lohnart:

Gründenverdienst und Allzobolohn.

Bei der Behandlung dieser Frage wurde Wert darauf gelegt, die Art der Entlohnung zu erfahren. Es wurde ermittelt, daß die Arbeitnehmerinnen in 218 Betrieben in Stundenlohn, in 69 Betrieben in Allzobolohn und in 292 Betrieben im Lohn und Allzobolohn beschäftigt waren. Es ist mindestens festzuhalten, daß sowohl die Art der Arbeit als Entlohnung dieselbe wie bei den männlichen

unterbreitete die Sache dem Gewerbeaufsichtsamt in Karlsruhe. Darauf nahm sich der Sache an und hat auch erachtet, daß die Arbeiterinnen wieder eingestellt wurden. In den Verhandlungen, die zwischen dem Gewerbeaufsichtsamt und dem Mannheimer Zigarettenfabrikantenverband geführt wurden, hat der Vertreter des letzteren erklärt, daß nach ihren Sätzen Arbeiter, die bei einem Mitglied des Fabrikantenverbandes aus der Arbeit treten, zuerst 6 Wochen aus der Arbeit sein müßten, bevor sie bei einem anderen Mitglied in Arbeit treten könnten, wenn nicht der frühere Arbeitgeber sie vorher freigäbe. — Also eine formelle Arbeitsperre von 6 Wochen, unbeschadet ob die Lösung des Arbeitsverhältnisses ordnungsgemäß erfolgt oder nicht. Ist eine solche Maßnahme schon in normalen Zeiten ungerecht und aufreizend, dann erst recht jetzt in der Kriegszeit, wo jede Arbeitskraft im Dienste der Allgemeinheit ausgenutzt werden sollte. Die Arbeitgeberverbände, die bisher solche Maßnahmen getroffen haben, sollten im Interesse des sozialen Friedens davon absehen, sie noch weiterhin in Anwendung zu bringen.

Städtische Kartoffelnot und agrarische Geldschwäche.

In allen Industriegebieten und den meisten Großstädten herrscht zur Zeit eine wirkliche Kartoffelnot. Trotz Preiserhöhung für den Produzenten will es immer noch nicht dazu kommen, in diese Gebiete genügend Kartoffeln zu bekommen. Die Schnelligkeitsprämie der Regierung versagt. Interessant ist es, nachzuholen, wo die Kartoffeln denn eigentlich stehen. Aufgezehrt ist unsre Ernte noch lange nicht. Da wirkt ein durch die Presse gehender Bericht aus einer Sitzung des Bezirksausschusses für die Amtshauptmannschaft Meißen ein bezeichnendes Licht auf die Kartoffelnot. Der Bezirk konnte in Friedenszeiten große Mengen Kartoffeln ausführen, leidet aber jetzt wie viele andere in Sachsen an Kartoffelmangel. Ein betreffender Bericht wurde nun mitgeteilt, daß trotz Gewährung von Buschlägen in Höhe von 1,25 M. pro Hektar, nur 6000 Hektar statt der erforderlichen 16 000 Hektar auszutreiben waren. Bei der Amtshauptmannschaft sei eine Ernte von circa 1 400 000 Hektar ange meldet worden, die Landwirte hätten aber bis Ende Januar nur 205 000 Hektar abgegeben. Der Amtshauptmann teilte mit, daß sich einzelne Landwirte unter allerlei Gründen weigerten, auch nur 10 Prozent ihrer Ernte abzugeben. Ein Defizit, das früher schon seine agrarischen Kollegen in den Volksblättern aufforderte, die Kartoffeln heranzugeben, führt aus, daß die Kartoffeln wohl wieder wie im Vorjahr im Monat Mai zum Vorschein kommen würden.

Also reiste Spekulation! Das ist Lebensmittelwucher, der von rechtswegen nicht hart genug bestraft werden könnte. Das gefüchtigt leider nicht. Die Landwirte können es ja auch so aushalten. Sie selbst leiden keine Not, im Gegenteil. Niemals haben sie über so reichliche Mittel verfügt, wie gerade jetzt. Das beweist u. a. auch ein Artikel einer landwirtschaftlichen Genossenschaftszeitung, der den außerordentlichen Zustrom von Geld ausdrücklich bestätigt. Es heißt u. a.:

„Wir haben uns mit rund 60 Millionen Mark an der zweiten und dritten Kriegsanleihe beteiligt und stehen hierbei an erster Stelle unter den Verbänden des Reichsverbandes, wir haben einen Geldzufluss zu verzeichnen gehabt, wie nie zuvor, und heute brauchen wir uns um unser Genossenschaftswesen nicht zu sorgen... Unsere Sperr- und Darlehnsfassen verfügen alle zurzeit über sehr reichliche Mittel, manche, die früher bei der Centralgenossenschaft stets im Vorstich war, hat jetzt ein Guthaben bei ihr. Möge die jetzige Geldschwäche keine Genossenschaft zu leichtsinnigen Geschäften verleiten.“

Also, wohlgemerkt, von einer richtigen „Geldschwäche“ berichtet das Genossenschaftsorgan. Sehr schön dass man dazu die überall bei jeder Gelegenheit auftauchenden Slogans der Landwirte, daß die Preise für die Produkte erhöht werden müssen, weil — „sie kostet Geld zuvielen würden“.

nach der Umsturzung des Frankfurter Friedens von 1871 und der Wiedereinigung Elsaß-Lothringens zum Durchbruch und zerstörte das militärisch errichtete Verhältniswelt. Zumal der Verlauf der europäischen Krise von 1877/88 offenbarte den unerschütterlichen Fortbestand des deutsch-französischen Gegenseites. Jeder Gegner von Deutschland konnte unter geeigneten Voraussetzungen auf Frankreichs Rückwirkung rechnen.

Nahzu ebenso alt als Großmacht wie Frankreich ist England. Seit dem 16. Jahrhundert hatte sich, vom Fisengebiet über das Meer sich erstreckend, das britische Weltreich ausgestaltet und war in ununterbrochenem Aufstieg zu einer der gewaltigsten Schöpfungen geworden, die die Geschichte kennt. Seine Grundlagen sind seit der Entstehung immer unverändert die gleichen geblieben. Die Faktoren der Entstehung und des Ausbaus waren und blieben: die Erhaltung eines politischen Gleichgewichts in Europa und die Herrschaft über das Meer. Unter äußerlich wechselnden Bedingungen hat die englische Politik diesen einheitlichen Charakter bewahrt und in systematischer Arbeit das britische Weltreich vollendet. Stets war die jeweils führende Macht auf dem europäischen Kontinent Englands Gegner, und nicht eher ruhte es, bis es sie im Sinne mit den anderen Widerjägern niedergeworfen hatte. So zerstörte es nacheinander Spanien, Holland und Frankreich, aus deren Flionalbesitz sich befreiernd.

Auf dem Boden der aus der Inselabgeschlossenheit erwachsenen natürlichen Voraussetzungen und einer im 16. und 17. Jahrhundert entwickelten konfessionellen Tradition, die in den Engländern den überhebenden Anspruch auf ein vorgegebenes Recht der Weltherrschaft großzog, stand es gleichzeitig jenes gewaltige Kolonialreich, das Kanada, den australischen Kontinent und namentlich Indien umfaßt. In einer groß angelegten Politik sicherte es den Meeresweg nach Indien, sowohl den näheren durch das Mittelmeer wie den ferneren um das Kap der Guten Hoffnung und festigte im Innern gegen das im Innern Asiens sich ausbreitende Muslime die dortige Herrschaft auch im kontinentalen Sinne. Als letzte Strophe nahm es 1882 auch den Ägypten Besitz, das die neue Welt-

strafe des Suezkanals begehrte, und legte das weiteren Osten die Hand auf die beherrschende Malakkastraße, die den Zugang nach Australien und Ozeanien bildet. In den seßlandischen Streitfragen hatte es in selbstsüchtigem Anteil seine Hand wie die mächtigste kontinentale Großmacht, weil es dabei seine schiedsrichterliche Stellung geltend machen konnte. So bedurfte es in der orientalischen Frage mit gleichbleibender Hartnäckigkeit das Vordringen Russlands, das seine Herrschaftsstellung im Mittelmeer und seine Verbindungsstrasse nach Indien bedrohte. So schuf es sich in der belgischen Neutralität einen Schutz, der beide benachbarten Großmächte Frankreich und Preußen-Deutschland mit dem Ziel, seine europäische Großmacht dort an der Einfallsseite Englands zum Kontinent sich festzugen zu lassen. Seit der Niederwerfung Napoleons I. konnte es nahezu feuerlos auf den Meeren schalten und walten auf der Grundlage jenes Programms, das schon der Herzog von Saint-Simon, der fanatismische Staatsmann der Zeit Ludwigs XIV. und Ludwigs XV., klar erkannt hatte, wenn er in seinen Memoiren urteilte: „Während England die Welt mit der großen Prinzip der Gleichgewichts der Macht in Europa bedroht, hat es die volle Herrschaft über alle Meere und allen Handel usurpiert.“ Es ging vielleicht darum, daß zum Abschluß gelangende Weltreich auch innerlich zusammenzufügen, um mit allbekümmerndem Imperialismus die Weltmeere zu beherrschen.

Ganz europäischen Charakter hat die österreichisch-ungarische Großmacht. Sie ist der Staat des Donauraumes, doch ist die aus dem Raum und dem Balkan gebundenen Staatsidee erst sehr spät zur treibenden Kraft geworden. Der alte Kaiserstaat war das Werk einer Dynastie, aber seine Machttendenzen gingen in die Weite und verliehen die organischen Grundlagen. Erst mit der Auflösung der österreichischen Herrschaftsansprüche aus Italien (1859) und Deutschland (1866) ergab sich der neue eigentliche Donaustaat, der entsprechend historischen Vorbereiungen die dualistische Form Österreich-Ungarns (1867) angenommen hat. So erwuchs das unvergleichbare Staatswesen, das sich auf der Grundlage politisch gleichberechtigter Nationalitäten erhebt und mit diesem inneren Aufbau neue Zukunftsaufgaben besa-

setzt war und an der auch unser Bezirksteiler, Kollege Dohler, Bremen, teilnahm. Am 23. Januar, nochmals 4.30 Uhr eröffnete unser Vorsitzender, Kollege Schmidt, diese Kriegssitzung. Im Namen der Hamburger Kollegen hieß er unseren Bezirksteiler Dohler willkommen, doppelt herzlich, weil er seinen Urlaub dazu brachte, die Bahnhöfe wieder einmal zu besuchen. Nachdem er den Kollegen für ihr Erscheinen gedankt, gab er folgende Tagesordnung bekannt:

1. Protokolllesung,
 2. Kassen- und Jahresbericht,
 3. Vortrag.
- Ein sofort hierauf gestellter Antrag des Kollegen Ewers auf Neuwahl des Vorstandes wurde von den Kollegen mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Darauf wurde in die Tagesordnung eingetragen. Das Protokoll wurde verlesen und genehmigt. Ebenfalls die Abrechnung vom 3. Quartal, woran erfreutlich war, daß es mit unserer Volksfeste in die Höhe ging. In dem Jahresbericht über das verflossene Jahr 1915 trug der Vorsitzende etwas folgendes vor: Das Jahr 1915, in welchem Deutschland gegen eine Welt von Feinden kämpfte, brachte durch die ungeheuren Ereignisse dem ganzen Verbundebund im allgemeinen und unserer Ortsgruppe im besonderen seine Merkmale auf. Drei unserer Kollegen, die Kollegen Sutburg, Grothe und Gebhardt starben den Tod für's Vaterland. Ehre ihrem Andenken. Viele unserer Kollegen, Dietrichsen und Escherting sind seit langem vermisst und weiter 20 Kollegen stehen noch im Felde. Sehr sichtbar machten sich die Folgen des Krieges bei der inneren Verbundarbeit; da die jüngern Kräfte beim Militär sind, wurde die ganze Arbeit nur von wenigen Kollegen bewältigt und wenn es trotzdem gelang, die Ortsgruppe auf der Höhe zu halten, so gebührten allen Kollegen, die mit gearbeitet haben, der herzlichste Dank. Im Verlaufe des Jahres standen 6 öffentliche Mitglieder, 3 Werkstatt- und 16 Vertrauensmännerversammlungen statt. Auch der Bezug auch manchmal zu wünschen übrig, so lag dies teils an der verlängerten Arbeitszeit, teils an den Sorgen um's tägliche Brod. Die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1914 betrug 118. Zum Mitglied eingezogen wurden 6 Kollegen, einige mehr, ließen ausgeschlossen werden, andere stellten infolge besteuerten Lebensmittel ihre Zahlung ein, sodass Ende 1915 nur noch 84 Kollegen unserer Bahnhofe angehörten. Der Markenverkauf war gut. Gegen Ende des Jahres desserte sich die Volksfeste wieder und wird sich im folgenden Jahr voraussichtlich noch weiter heben.

Zu Ostern und Weihnachten wurden den im Felde stehenden Kollegen aus gesammelten Mitteln und Buschlägen der Volksfeste kleine Liebespaare gesandt, wofür besonders nach Weihnachten zahlreiche Karten des Dankes eintraten. Die Verbundfeste zahlt einen jährlichen Beitrag an Rostandsunterstützung, half einiges in Not geratenen Kollegen und zahlte ebenso wie im vorjährigen Jahre den Frauen der im Felde stehenden Kollegen eine Weihnachtsunterstützung von 10 Mark. Insgesamt zahlte die Verbundfeste an Hamburger Kollegen im Jahre 1915 680,85 Mark an Unterstützungen. Die Ortsgruppe schloß sich dem Kriegsausschiff für Konsumenteninteressen an, um den Lebensmittelzucker zu bekämpfen. In der Agitation wurde leider nicht viel erreicht, weil die zurückgebliebenen Kollegen meist ältere Leute sind und der Krieg auch hindert wird. Trotz des Burgfriedens hat in Hamburg ein Kampf stattgefunden, der sich allerdings nicht so stark auswirkt, wohl aber ebenso interessant und lehrreich war, wie ein richtiger Streit. Richtig die Forderung der Werftarbeiter an die Direktion um eine Tenerungsregelung. Wenn das Resultat auch ergebnislos war, so bot der Kampf doch eine solche Fülle lehrreicher und bemerkenswerter, daß man sagen kann, es wurde doch etwas gewonnen. (Wissen.) Es grüßt uns aber auch, wie nötig die Organisation für uns ist und zwar gerade durch den Kriegsfolg, denn der Krieg hat uns, gesättigten Arbeitern, nur später etwas zu erzielen. Nun bedauert mich, ich an alle Kollegen die Bitte, trotz der Kämpfe zu halten. Bekannter Kollegen, daß wir unsere Ortsgruppe in Hamburg mit jahrelangem Fleiß aufgebaut haben und es somit unsere Pflicht ist, das Erdbeben hochzuhalten, damit wir später unseren aus dem Felde heimkehrenden Kollegen tren in's Auge sehen und sagen können, daß haben wir für und für Euch und den Verdienst gekämpft. Nun ältere Kollegen müssen für die in's Feld gegangenen jungen Freiwilligen. Deinholt ist unsere Lösung: „Nun machen wollen wir unsere Ortsgruppe hochzuhalten und führen.“ Hieraus stellt Kollege Doppler einen spannenden Worttag, der im Nachgang eine folgende enthielt: „Stolz sei auf das Errichtete und Hören auf das Kommen“, mit diesen Worten schließt Reiner seinen Bericht ein. Zu weiteren wie er an Hand des wichtigsten militärischen Ereignissen noch viele geschilderte Hören ist. Auf dem militärischen Fronten zeigt nicht unsere deutsche Rasse noch etwas sehr, wie früher, trotz der heftigen Angriffe in der Champagne und Somme die heldenhafte Schlagkraft und Schärfe waren unsere Rasse und sind

Merkeung der Rebellion: Beschwerden wie aus Greifing liegen ja vielleitig vor. Wir sind der Überzeugung, daß es vielleicht Schuld der Arbeiter selbst ist, wo sie eintreten. Wieder schließlich in richtiger Weise und an die zuständigen Instanzen der Beschwerdebehörde beschritten, so würde auch Wohlfeil geschaffen und die Dinge klären sich nicht so leicht hinzu. Über die Organisation und gewerkschaftliche Arbeit wird sich nicht gekämpft, bis die Verhältnisse zweckmäßig sind. Das in der Kriegszeit nicht alles geht wie in Friedenszeit, wird jeder verantwortliche Arbeiter erkennen, das heißt aber nicht, daß die Arbeiter ausgebeutet und mißhandelt werden. Sagen die Kollegen doch überall toll zusammen und sich organisieren, dann werden sie sich auch etragliche Verhältnisse schaffen müssen. Wer das nicht will, muß mit dem vorreden nehmen, was kommt und ob dann auch nicht zu bekommen.

Hamburg. Wie der Krieg so sehr viel Neues gebracht hat, so brachte er auch unserer Ortsgruppe etwas Neues, nämlich statt der sonst üblichen Generalversammlung eine „Kriegstagung“, welche zu

lischer und kultureller Art angesehen erhielt. An Stelle der einfachen Verbindung mit Deutschland wurde eine neue mitteleuropäische Gemeinschaft, die beim auf germanischer Kulturgrenze ruhenden Staatswesen Schutz gegen den Ansturm des österreichischen Slawentums gehörte, wodurch endlich eine schriftliche Röfung der schwierigen inneren Fragen ermöglichte.

Die neuen Machtmittel des Donaureiches aber waren nicht nach Westeuropa, sondern nach dem Orient gerichtet und folgerichtig erfuhr man die Idee einer „Rüstung“ auf dem Balkan. Mit der Okkupation Bosniens und der Herzegowina (1878) selbst Balkanmacht geworden, verfolgte Österreich-Ungarn nunmehr das slavophile politische Ziel, die an der Börse des Orients wohnenden Böllerplatten zu einer staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gemeinschaft zusammenzuführen. Doch die Wendung nach Osten stand nicht die innere Schwierigkeit widerstand, ja manchmal geraden, in Widerstand sah man die neue Staatsidee durch. Nur so führte aber endlich sich der Gedanke zu Asien, daß keinerlei in erheblicher Stärke die Herrschaft über Südeuropa begehrte, und der Kampf des Orients wohnenden Böllerplatten mit dem Balkenreich wurde zum bedeutendsten politischen Problem Österreichs. Vor ihm stand die alte Freundschaft ganz zurücktreten, die zwischen dem jungfräulichen italienischen Nationalstaat und dem einköniglichen habsburgischen Herrscherstand fortbestand. Der Anfangsbestrebungen zu das mitteleuropäische Bündnis sich eine Nebenbindung des Gegenseitiges zwischen den beiden Mächten erhofften, und aus dem Österreichischen Kaiserreich ging 1887, in der Zeit der großen Balkankriege, die Defterverhüllungen und Italien mit England gegen das strategische Asien vereinigte, der Artikel 7 des Dreikampfvertrages bestand, der die beiden Verbündeten im Falle von Verhinderungen auf der Halbinsel aneinander hand. Freilich blieb trotz dieser ausgleichenden Maßnahme der südosteuropäischen Reich ein gefährlicher Bandwurm angespannt!

(Fortsetzung folgt)

